

JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER

VÖLKISCH UND SOZIAL?

NEONAZISTISCHE AGITATION GEGEN DIE NEUE EU-FREIZÜGIGKEIT
FÜR ARBEITNEHMER_INNEN

Seit geraumer Zeit versucht sich die NPD das Image einer «sozialen» Partei zu geben. Propagandistisch hat sie das auf die Formel «Sozial geht nur national» gebracht. Tatsächlich können etliche Detailfragen auf diese Aussage zugespitzt werden beziehungsweise viele sind erst aufgrund der Einbettung sozialpolitischer und ökonomischer Forderungen seitens der NPD in ihre völkisch-nationale Ideologie als neonazistische Aussagen erkennbar.

IDEOLOGISCHE RAHMUNG

Die gegenwärtigen sozialen Exklusionsprozesse bieten Mobilisierungspotential für die extreme Rechte. Diese versucht soziale Themen als nationale zu re-thematisieren, sie offensiv aus linken Traditionsbeständen herauszubrechen, linke Ästhetiken und Argumentationen ins Nationale zu verschieben. Grundelement rechter Ökonomiekritik ist dabei die Forderung nach einer «deutschen Volksgemeinschaft». Das meint eine nach rassistischen Kriterien bestimmte Bevölkerung als Kampfgemeinschaft, die den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nur emotional aufheben will, aber ökonomische, also kapitalistische Verhältnisse nicht antastet. Es geht der NPD um eine ideologische Umdeutung bestehender sozialer Ungleichheiten im Sinne des «Wohls der Volksgemeinschaft». Das Aufgehen in der völkischen Gemeinschaft wird trotz weiterbestehender sozialer Ungleichheit als «sozial gerecht» empfunden, da es durch die Einsicht in den Verzicht zugunsten des völkischen Kollektivs legitimiert wird.

KAPITALISMUS ALS «VATERLANDSLOSER GESELLE»

Dabei ist ihr Verständnis von Kapitalismus als personalisierte, gesteuerte Macht zur Zerstörung völkischer Einheit zu betrachten. Diese Einheit werde zerstört durch Migration und soziale Kämpfe. Nicht umsonst lehnen neonazistische Rechte Arbeitnehmer_innenvertretungen ab. Innerhalb dieser Volksgemeinschaft spielen Ungleichverteilungen, Armut und wirtschaftliche Not keine Rolle. Niedrigstlöhne stellen daher für die «Kapitalismuskritik» von rechts kein Problem dar, das zu beseitigen wäre, solange dies dem Wohl der Nation dienlich

zu sein scheint. Zusammengefasst vollzieht die vorgebliche «Kapitalismuskritik» von rechts eine wichtige Verschiebung: Sie hebt den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital auf, indem sie das Kapital in produktives und spekulatives teilt. Wo in der marxistischen Analyse Lohnarbeit dem Kapital gegenübersteht, gilt nun «schaffende Arbeit» und «produktives Kapital», befriedet in der Volksgemeinschaft, versus «spekulatives Kapital», in der Regel identifiziert im Judentum.

Diese Interpretation von Kapitalismus verleugnet, dass «der Kapitalismus» nicht von einigen wenigen geplant und umgesetzt wird, keine intentionale Kampfstrategie ist, auch nicht schlicht eine Produktionsweise, sondern ein gesellschaftliches Ordnungssystem, dessen Prinzipien (Leistung, Konkurrenz, Gewinnmaximierung etc.) sich niemand völlig entziehen kann. Aus diesem Verständnis heraus wird deutlich, dass die soziale Demagogie der NPD also keineswegs auf die Einführung eines Mindestlohns oder auf die Stärkung der Arbeitnehmer_innenrechte zielt, sondern auf die Errichtung einer Volksgemeinschaft, innerhalb derer alles dem «Dienst am Volk» untergeordnet wird. Dementsprechend «kritisiert» die NPD auch nicht Kapitalismus als Herrschaftssystem sondern seine kulturelle «Entartung» in Form des «anglo-amerikanischen Turbokapitalismus» in Bezug auf die Folgen für die Volksgemeinschaft.: «Der Kapitalismus ist aufgrund seines nomadischen Händlergeistes, seiner vagabundierenden, grenzenlosen Profit- und Spekulationssucht, seiner Verachtung von Volk und Heimat sowie seiner Missachtung des Volkswohls ein vaterlandsloser Geselle und damit das antinationale Prinzip schlechthin.»¹

GLOBALISIERUNG:

«JÜDISCH-NOMADISCH UND ORTLOS»

Ähnlich wie den Kapitalismus interpretiert die NPD Globalisierung als gezielte Strategie einiger weniger (die zudem meist jüdisch gezeichnet werden) zur Zersetzung der «Völ-

¹ Anonym 2006: Neues Denken wagen. Antikapitalismusbrochure der Freien Kräfte und der Jungen Nationaldemokraten, in: DS 11/06, 11.

ker». Diese Personalisierung von strukturell kapitalistischen Mechanismen ist eines der zentralen Elemente der NPD, um Feindbilder aufzubauen.

Globalisierung sei «eine unverblühte Imperialismusstrategie der USA, um der ganzen Welt den von US-Konzernen ausbeutbaren American Way of Life – besser: American Way of Death – aufzuzwingen»². Der NPD-«Vordenker» Jürgen Gansel, Mitglied des sächsischen Landtages, beschreibt Globalisierung in erster Linie als kulturelle Globalisierung und legt seiner Argumentation die Annahme zu Grunde, kulturelle Momente, die geeignet wären, Menschen ausbeutbar zu machen und Länder unterdrücken zu können, würden gezielt von den USA «exportiert». Diese kulturelle Globalisierung «greife die organisch gewachsenen Identitäten der Völker an und arbeitet an einem konsumistisch abgerichteten Welteinheitsmenschen».

Eine antikapitalistische Kritik wird nicht geübt, stattdessen ist die Rede von einem «Angriff auf das Territorialprinzip, Souveränitätsprinzip und Legalitätsprinzip der Nationalstaaten», mit dem die «Globalisierung die einzig vorstellbaren geopolitischen Räume der Volksherrschaft zugunsten anonymer, supranationaler Machtstrukturen» zerstöre. Statt Globalisierungskritik ist es daher sinnvoll von völkischer Globalisierungsfreundschaft zu reden, da die NPD Globalisierung rassistisch, antisemitisch und antiamerikanisch grundiert: «Es handelt sich hierbei [Globalisierung, RW/JZ] ganz allgemein um das planetarische Ausgreifen der kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des Großen Geldes. Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA.»³

MIGRATION AUF DEM «KONKURRENZKONTINENT» EUROPA

Die NPD baut gegen das Feindbild des «anglo-amerikanischen Turbokapitalismus» die völkische Wirtschaftsgemeinschaft auf. Solidarität kommt hier nur dem «Volksgenossen» zu – Migrant_innen sind aus dieser Perspektive eine Gefahr für das «Volksganze». Innerhalb der Globalisierungsvorstellung der NPD sind sie das «Bodenpersonal»⁴, welches die «Globalisten» einsetzen, um den «Konkurrenzkontinent Europa durch fremdrassige Flüchtlingsmassen [zu] zersetzen.»⁵

Migration wird als eine elementare Gefährdung für Arbeitnehmer_innen ohne Migrationshintergrund beschrieben. Die Annahmen, die zu Grunde liegen, vermitteln ein zweipoliges Bild von Volksangehörigen und Fremden, die in ökonomischer Konkurrenz zueinander aufgebaut werden. Die existenzielle Frage, die hier gestellt wird, ist die nach dem eigenen Überleben oder dem Überleben der anderen. Dabei wird das Fremde und das Eigene durch Volkszugehörigkeit definiert, die im Völkischen durch Abstammung bestimmt ist. Migration gilt so als gezielte Zersetzung der Gemeinschaft und damit der «volksgemeinschaftlichen Abwehrkräfte» gegen die Globalisierung.

Dies expliziert das organische Verständnis des Volkes als Volkskörper; ein Verständnis, das aufbaut auf der Vorstellung, ethnisch homogene Gemeinschaften hätten im Gegensatz zu modernen Gesellschaften ureigene Solidar- und Schutzkräfte und könnten so kapitalistischer Ausbeutung entgegenwirken.

RASSISTISCHE AGITATION GEGEN EU-FREIZÜGIGKEIT

Vor diesem ideologischen Hintergrund ist die Agitation der NPD gegen den *Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkung für einige mittelosteuropäische EU-Beitrittsstaaten* zu verstehen, die im Rahmen ihres «Sozialkongresses» am 1. Mai 2011 laut wurde. Dass ab dem Mai 2011 Arbeitnehmer_innen aus den mittelosteuropäischen EU-Beitrittsstaaten von 2004 (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien) sich in Deutschland ohne Einschränkungen einen Job suchen können, ist der NPD Bremen – in der Hansestadt finden am 22. Mai 2011 Bürgerschaftswahlen statt – Gelegenheit, ihre völkisch-nationalistische Ideologie an die Frau und an den Mann zu bringen. Der Ausweitung des Niedriglohnssektors, dem Abbau sozialer Sicherungssysteme, der Privatisierung öffentlicher Güter und der Forderung nach Mindestlöhnen und Partizipation von Arbeitnehmer_innen durch Gewerkschaften wird konsequent mit völkischen Versatzstücken begegnet. So argumentiert die NPD zum Beispiel: «Die Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ist die beste Methode, um nationale Mindestlohnregelungen zu unterlaufen und in Deutschland weiterhin eine große industrielle Reservearmee von Lohnrückern im Sinne des Großkapitals zu erhalten.»⁶ Arbeitnehmer_innen werden in Konkurrenz zu Arbeitnehmer_innen gestellt («Reservearmee»), das Interesse an ausbeutenden Lohnverhältnissen wird lediglich dem «Großkapital» zugeschrieben und nicht als folgerichtiger Effekt kapitalistischer Logik verstanden, die rechtsstaatlich abgesichert wird. Entgegen dieser rassistischen Untertöne müsste gefragt werden, wie Rechte von Arbeitnehmer_innen egal welcher Herkunft gestärkt werden können, wie die Umgehung von Mindestlöhnen durch Unternehmen (nicht durch Migrant_innen!), wie Leiharbeit und Unterbezahlung bekämpft werden können.

Im Zuge der Debatte um das Ende der Freizügigkeitsbeschränkung wird von der NPD mit dem Begriff der «Kriminalität» vermittelt, dass es einen Zusammenhang gebe zwischen Kriminalität und Migration. Das *Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit* hingegen weist darauf hin, «dass drei Viertel der Tatverdächtigen der Grenzriminalität Deutsche sind»⁷. Auf statistische Schlachten muss man sich freilich nicht einlassen. Selbst wenn mehr Tatverdächtige nicht-deutsch wären, so gäbe es immer noch keinen kausalen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Herkunft/Pass. Die Verknüpfung ist vielmehr rassistische Strategie, um Ängste der Bevölkerung aufzurufen.

Die NPD Bremen behauptet, die europäische Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit sei ein Druckmittel gegen deutsche Arbeitnehmer_innen. Es finde ein «Zustrom» billiger Arbeitskräfte statt, der nur dazu diene, die europäischen Völker in eine «Unterbietungskonkurrenz» zu treiben und gegeneinander auszuspielen.⁸ Auch Neonazis des «nationalen und sozialen Aktionsbündnisses 1. Mai» schreiben in ihrem Aufruf «Den

² Gansel, Jürgen, W. 2005: Die Nation als soziale Schutz- und Solidargemeinschaft. Über die Gleichzeitigkeit von De-Nationalisierung und Re-Nationalisierung im Globalisierungszeitalter, in: DS 12/05. ³ Ebd. ⁴ Gansel, Jürgen 2007: Die Arbeitsnomaden von Kosmopolis. Über den Zusammenhang von Globalkapitalismus und Verunsicherung, in: DS 2/07, 20. ⁵ Ebd. ⁶ <http://www.npd-bremen.de/index.php?s=3&aid=1386>. ⁷ <http://www.aktionsbueundnis-brandenburg.de>. ⁸ vgl. <http://www.npd-bremen.de/index.php?s=145>.

Volkszorn auf die Straße tragen...): «Der deutsche Arbeitnehmer wird infolge dieser Fremdarbeiterinvasion in einen Konkurrenzkampf um seinen Arbeitsplatz gedrängt werden».⁹ Die kritisierte Konkurrenz unter Arbeitnehmer_innen wird hier allerdings erst durch NPD und Freie Kameradschaften aufgebaut. Es geht ihnen nicht darum, ein solidarisches Verhältnis zwischen sozial Unterprivilegierten aufzubauen. Dieses allerdings wäre ein starker Faktor gegen Unterbezahlung, Niedriglöhne und Leiharbeit. Denn nicht die Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit ist problematisch, sondern das Fehlen eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes, der verhindert, dass Arbeitnehmer_innen durch Niedriglöhne an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden. Die Argumentation der neonazistischen Rechten setzt dagegen auf die mentale völkische Mobilmachung. So schreibt die frühere Chefredakteurin des neonazistischen Theorieblattes *Hier & Jetzt*, Angelika Willig, im NPD-Parteiorgan *Deutsche Stimme*: «Das Versprechen ist nicht einfach steigender Wohlstand für alle Deutschen. Es ist nicht einmal, daß keiner mehr auf HartzIV-Niveau leben muß'. Vielleicht müssen zeitweise sogar noch mehr Deutsche auf niedrigem Einkommensniveau leben. Aber sie haben dann eine sinnvolle Tätigkeit, Anerkennung und eine Zukunft für ihre Kinder [in der Volksgemeinschaft, JZ/RW].»¹⁰ Wenn die neonazistische Rechte gegen die Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit agitiert, dann nicht aus Bedenken um eine weitere Verschärfung der Arbeitsmarktsituation, sondern im Sinne der Propagierung «völkischer Homogenität».

«ARBEIT ZUERST FÜR DEUTSCHE» LÄNGST GESETZ

Egal ob für oder gegen Mindestlöhne, egal ob gegen «Hartz IV»: Die soziale Demagogie der NPD speist sich aus der nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und sexistischen Ideologie der «homogenen Volksgemeinschaft». Auch Mainstream-Diskurse (Sarrazin, Sloterdijk) und Vertreter_innen des etablierten Parteienspektrums nutzen rassistische Argumentationsmuster und verweben diese mit vermeintlicher Kritik an sozialstaatlichen Regelungen – wenn auch wesentlich massentauglicher als neonazistische Akteur_innen. Und auch im gesetzlichen Arbeitsalltag sind völkische Argumentations-Versatzstücke längst angekommen. Der Slogan «Arbeitsplätze zuerst für Deutsche» ist seit langem rassistisches Gesetz und arbeitsmarktpolitische Praxis. Das sogenannte Inländerprimat regelt juristisch die Bevorzugung von Deutschen, EU-Staatsbürger_innen und Migrant_innen mit einer Arbeitserlaubnis gegenüber Nicht-EU-Staatsbürger_innen. Innerhalb des Arbeitsmarktes sind Migrant_innen vielfachen Diskriminierungen ausgesetzt. Teilweise werden Bildungsabschlüsse nicht anerkannt, aufgrund rassistischer Vorurteile bleiben ihnen bestimmte Berufe verschlossen. Migrant_innen müssen sich daher oft mit schlecht bezahlten Jobs im untersten Arbeitsmarktsegment abgeben. Zudem: All die Forderungen der neonazistischen Rechten zum Thema Ende der Freizügigkeitsbeschränkungen finden sich ebenso in konservativen und neoliberalen Kreisen. Was die neonazistische Interpretation unterscheidet, ist der blinde Fleck bei deutschen Firmen, Banken etc. Diese werden im Sinne der Volksgemeinschafts-Ideologie nicht als Mitverantwortliche betrachtet.

Emanzipative und linke Kritik muss dagegen an den kapitalistischen Exklusionsprozessen ansetzen.

PROGRESSIVE STRATEGIEN GEGEN VÖLKISCHE ÖKONOMIEKRITIK

Extrem rechter Ökonomiekritik kann nur etwas entgegengesetzt werden, wenn in Kämpfe um Deutung eingestiegen wird. Dabei muss es darum gehen, a) inhaltlich «genauer» zu argumentieren (und damit auch je eigene Denktraditionen zu hinterfragen), b) eigene diskursive Anschlussstellen für Rechte zu vermindern, c) rechte Interpretationen zu analysieren und zu dekonstruieren und d) Solidaritäten jenseits nationalistischer Kollektive aufzubauen.

Progressive Kapitalismusanalyse und -kritik, die Anschlussstellen für rechte Diskurse vermindern will, muss ein nicht personalisiertes Verständnis von Kapitalismus in den Vordergrund stellen, das Kapitalismus als gesellschaftliche Totalität, als Struktur begreift und die Bestimmung der Gesellschaft durch das Kapitalverhältnis und herrschaftliche Aneignung des Mehrprodukts berücksichtigt. Ein Verständnis, das eine Kritik an der privaten Verfügung über Produktionsmittel, an Disziplinartechniken, an den dem Kapitalismus immanenten anti-egalitären Herrschafts- und Gewaltverhältnissen, an Prinzipien der Konkurrenz, der Leistung, der Ausbeutung, an der Verteilung von Reichtum, an den bürgerlichen Logiken von Fortschritt und Effizienz und schließlich am kapitalistischen Arbeitsbegriff impliziert.

Eine Analyse der völkischen «Kapitalismuskritik» kann diese als rassistischen und völkischen Korporatismus beschreiben. Denn die völkische «Kapitalismuskritik» befindet sich nicht im Widerspruch zu kapitalistischer Vergesellschaftung, es geht ihm vielmehr darum, auf die Entfremdung mit einer ideologischen Neubestimmung des Kapitalismus zu antworten.

Progressive Ökonomiekritik muss zudem die Verwobenheit gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse anerkennen, also beispielsweise die kapitalistische Nutzbarmachung von Rassismus und Patriarchat und den Zusammenhang von Staatlichkeit, Nationalismus und Kapitalismus berücksichtigen. Es kann nicht von einem wesenhaften Gegensatz von kapitalistischer Verwertung und rassistischer wie nationalistischer Ausgrenzung gesprochen werden, wie das die völkische Rechte behauptet, denn soziale Differenzierung schließt an rassistische und geschlechterspezifische Klassifikation an. Wenn wir diese Verwobenheit jenseits der Hauptwiderspruchs-Scholastik anerkennen, können Solidaritäten aufgebaut werden, die jenseits des Nationalen funktionieren müssen, wollen sie sich nicht anfällig für völkische Logik und kapitalistischen Konkurrenzkampf machen.

Aber selbst wenn faschistische Inhalte auch gemessen an historischen Fakten dekonstruiert werden und die politische Linke inhaltliche Positionen findet, die nicht leicht anschlussfähig nach rechts sind, so wird Politik eben doch auch über Parolen gemacht. Und ob mit der Parole «Kapitalismus abschaffen!» progressive Inhalte assoziiert werden oder rechte volksgemeinschaftliche, hängt davon ab, wie offensiv progressive Inhalte in politische Debatten getragen werden, wie viel Raum Rechten für ihre Deutungsangebote gelassen wird.

Das Standpunkte-Papier entstand auf Anregung des Referats zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Regina Wamper ist Politikwissenschaftlerin. Die langjährige Mitarbeiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) ist Stipendiatin der RLS und promoviert zu dem Thema «Geschlechterkonstruktionen der extremen Rechten». Letzte Veröffentlichung: Regina Wamper, Helmut Kellershohn, Martin Dietzsch (Hg.): Rechte Diskurspiraterien, Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Unrast 2010.

Jens Zimmermann ist Politikwissenschaftler. Er ist freier Mitarbeiter des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Er promoviert zum Thema «Protest und Widerstand. Zur Analyse unkonventioneller politischer Partizipation am Beispiel von Anti-AKW-AktivistInnen». Letzte Veröffentlichung: «Wissenschaftstheoretische Elemente einer Kritik an der Extremismusforschung und Kritische Diskursanalyse als alternative Perspektive für eine kritische Rechtsextremismusforschung», in: Regina Wamper, Helmut Kellershohn, Martin Dietzsch (Hg.): Rechte Diskurspiraterien, Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Unrast 2010, 264–284.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de